Ressort: Finanzen

Rüstungsindustrie droht Bundesregierung mit Abwanderung ins Ausland

Berlin, 20.09.2014, 00:00 Uhr

GDN - Die deutsche Rüstungsindustrie droht mit Abwanderung ins Ausland, falls die Bundesregierung weiterhin kaum neue Waffensysteme kauft und Exporte weitgehend blockiert. "Alle großen Rüstungsunternehmen prüfen, ob sie auf Dauer im Lande bleiben können", sagte Armin Papperger, Chef von Rheinmetall und Präsident des Rüstungsverbandes, der "Süddeutschen Zeitung" (Wochenendausgabe).

"Wenn mein Land bei mir nicht kauft und mir gleichzeitig sagt, du darfst nicht exportieren, dann halte ich das nicht lange durch." Papperger erklärte, seine Branche habe zwei Alternativen: "Entweder wir bauen weiter Kapazitäten und damit noch mehr Arbeitsplätze ab, oder wir gehen ins Ausland." Der Rheinmetall-Chef und Präsident des Bundesverbands der deutschen Sicherheitsund Verteidigungsindustrie fügte hinzu, "andere Länder wie die Schweiz, Frankreich oder die USA wären froh, würden wir dort investieren. Dort könnten wir auch leichter exportieren." Die deutsche Rüstungsindustrie sei "sehr flexibel". Die Waffenbranche fürchtet um ihre Geschäfte, seitdem Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) heikle Exporte zunehmend erschwert oder gar blockiert. "Gabriel ist ein intelligenter Politiker, der seine persönlichen Standpunkte hat", sagte Papperger der SZ. "Man kann mit ihm Klartext reden." Der Verbandschef erklärte weiter, er habe die Bundesregierung gefragt, "ob wir uns im Ernstfall von England, Frankreich oder wem auch immer verteidigen lassen. Jeder sagt mir dann, nationale Sicherheit ist wichtig", so Papperger. "Diese pauschale Antwort reicht nicht." Mit dem Wirtschaftsministerium will der Rheinmetall-Chef in den nächsten Wochen über Schadensersatz für den von Gabriel gestoppten Export eines Gefechtsübungszentrums nach Russland verhandeln. "Der Vertrag hat einen Wert von 135 Millionen Euro. Jeder Euro weniger ist für uns ein Verlust", sagte Papperger. Er gehe davon aus, "dass es eine faire Lösung gibt", wolle aber "nichts verschenken".

Bericht online:

https://www.germandailvnews.com/bericht-41320/ruestungsindustrie-droht-bundesregierung-mit-abwanderung-ins-ausland.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD 483 Green Lanes UK, London N13NV 4BS contact (at) unitedpressagency.com Official Federal Reg. No. 7442619